

**Themenübersicht:
Plenar-Pressegespräch
Montag, 4. Juli 2022**

**Vorstellung der Initiativen der CDU-Landtagsfraktion
für die Plenarsitzungen
am 6. und 7. Juli 2022**

Vorsitzender
der CDU-Landtagsfraktion
Christian Baldauf MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Landtagsfraktion
Martin Brandl MdL

Leiter des Zukunftsfeldes Zusammenhalt der Gesellschaft
der CDU-Landtagsfraktion
Michael Wäschenbach

Themen:

1. Antrag

„Für Europäische Solidarität gerade in Krisenzeiten – für eine regionale Partnerschaft von Rheinland-Pfalz in der Ukraine“

2. Gesetzentwurf:

„Änderung des Heilberufsgesetzes“

3. Antrag:

**„Pharmazeutische Versorgung in Rheinland-Pfalz für die Zukunft sichern – Adäquater Neubau des Instituts für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften und Ausbau der Pharmaziestudienplätze“
Pharmazie“**

4. Antrag

Sonstiges

1. Antrag

„Für Europäische Solidarität gerade in Krisenzeiten – für eine regionale Partnerschaft von Rheinland-Pfalz in der Ukraine“

Nachkriegsordnung massiv verändert

Am 24. Februar 2022, dem Tag des von Wladimir Putin zu verantwortenden **Überfalls auf die Ukraine**, hat sich die bisherige **Friedensordnung** weit über Europa hinaus **existentiell verändert**. Mit den aus der veränderten Nachkriegsordnung resultierende, notwendigen **Anpassungen** befassen sich insbesondere **EU und NATO**. Unterdessen kämpfen die **Ukrainerinnen und Ukrainer** in tief beeindruckender Weise um das **Überleben ihres Staates**. Mehr noch: Sie kämpfen mit Unterstützung einer breiten Staatenallianz für die **humanistischen Werte freiheitlicher Demokratien**.

CDU-Landtagsfraktion zu Gast in der Botschaft der Ukraine

Anlässlich ihres **Besuchs in Berlin** hatte die CDU-Landtagsfraktion ein beeindruckendes Gespräch in der **ukrainischen Botschaft**. Dabei ist einmal mehr deutlich geworden, dass jedes noch so kleine **Zeichen der Solidarität** für die tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer wichtig ist. Auch aus Rheinland-Pfalz heraus wird die Ukraine von unzähligen privaten, ehrenamtlichen Initiativen vor Ort mit **humanitärer Hilfe** unterstützt. Hinzu kommt die **Hilfe für Flüchtlinge** aus der Ukraine hier im Land. Die alles wird von den Menschen in und aus der Ukraine dankbar aufgenommen.

Partnerschaft starkes Signal der Solidarität

Neben der unverzichtbaren materiellen Unterstützung ist für die Menschen in der Ukraine nach unserer festen Überzeugung die **Vertiefung einer emotionalen ver-tegetragenen Bindung** von zentraler Bedeutung. Notwendig ist deshalb jetzt das klare Signal, dass Rheinland-Pfalz eine **Partnerschaft mit einer passenden Region in der Ukraine** eingehen will und dies konkret angeht. Die Ukraine wartet darauf. Das ist **keine Symbolpolitik, sondern gelebte Solidarität**, die den Menschen dort Mut macht, Bindungen knüpft bzw. verstärkt und auch zu ganz konkreter partnerschaftlicher Hilfe führt. Damit dürfen wir nicht bis nach Ende des Krieges warten. Gerade jetzt ist dieses Signal wichtig.

Was wir wollen

Wir wollen, dass die Landesregierung in Abstimmung mit der ukrainischen Botschaft in Berlin **zeitnah eine passende Partnerregion in der Ukraine für unser Land auswählt**. Das darf nicht auf ein ungewisses Kriegsende hin vertagt werden. Zudem sollen **Kommunale Partnerschaften** in diesem Rahmen gefördert werden.

2. Gesetzentwurf:

„Änderung des Heilberufsgesetzes“

Kinderschutz muss Priorität haben

Man kann es nicht oft genug betonen: **Kinder sind hilf- und wehrlos. Gerade sie bedürfen unseres besonderen Schutzes**. Wir müssen sie vor jedweder Form der Misshandlung und des sexuellen Missbrauchs schützen. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich daher seit langem intensiv für eine **Verbesserung der Rahmenbedingungen im Kampf gegen die Misshandlung und den sexuellen Missbrauch von Kindern ein**. Die Folgen dieser Gewalt gegen Kinder sind gravierend. Es geht um körperliche Verletzungen aber auch um oft nicht mehr heilbare seelische Schäden, die die Opfer ein Leben lang begleiten und beeinträchtigen.

Ärztinnen und Ärzte unverzichtbar im Kampf für den Kinderschutz

Gerade auch **Ärztinnen und Ärzten** kommt im **Kampf für den Kinderschutz große Bedeutung** zu. Denn sie sind es, denen Minderjährige ambulant oder stationär zur Behandlung vorgestellt werden. Sie sehen und erkennen Verletzungen, die aus Misshandlungen resultieren können. Wichtig ist dabei, dass sie sich zur Erkennung und Vorbeugung von Kindesmissbrauch **frühzeitig mit mitbehandelnden Kolleginnen und Kollegen über einen eventuellen Verdacht austauschen können**. Insbesondere dann, wenn Erziehungsberechtigte ihre Misshandlungen durch häufige Arztwechsel zu vertuschen versuchen (sogenanntes „Doctor-Hopping“) ist dies von Bedeutung.

Allerdings ist Ärztinnen und Ärzten, die einen entsprechenden Verdacht haben, grundsätzlich **nicht erlaubt, sich über ihre Befunde und einen hinreichenden Verdacht auf Kindesmisshandlung interkollegial auszutauschen**. Notwendig ist dafür das Einverständnis der Erziehungsberechtigten und damit möglicherweise der Täter. Das ist **kontraproduktiv**.

Es ist offenkundig, dass hier **Regelungsbedarf** besteht. Ärztinnen und Ärzte müssen sich bei hinreichendem Verdacht auf Kindesmisshandlung untereinander austauschen dürfen, ohne strafrechtliche Folgen befürchten müssen.

Gesetzliche Klarstellung notwendig

Der Bundesgesetzgeber hat mit der **Änderung des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz** den Ländern die Befugnis gegeben, hier gesetzgeberisch tätig zu werden. Mit **unserem Gesetzentwurf** zur Änderung des Heilberufsgesetzes nutzen wir diese Möglichkeit. Er regelt, orientiert am Beispiel Nordrhein-Westfalens, den **interkollegialen Ärzteaustausch zur Verbesserung des Kinderschutzes und schafft Rechtssicherheit**.

3. Antrag

„Pharmazeutische Versorgung in Rheinland-Pfalz für die Zukunft sichern – Adäquater Neubau des Instituts für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften und Ausbau der Pharmaziestudi-enplätze“

Gesundheitsversorgung zentrales Element der Daseinsvorsorge

Die seit über zwei Jahre andauernde Corona-Pandemie hat uns sehr anschaulich vor Augen geführt, **wie wichtig eine funktionierende Versorgung mit Gesundheitsleistungen** ist. Es handelt sich um **zentrales, unverzichtbares Element der Daseinsvorsorge**, bei dem viele Räder ineinandergreifen müssen. Haus- und Fachärzte, ambulante und stationäre Versorgung in Krankenhäusern, Apotheken, Ausbildung von medizinischem und pharmazeutischen Fachpersonal, Pflege sind nur einige Stichworte, die dieses wichtige Handlungsfeld umreißen.

Medizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz gefährdet

Die SPD-geführten Landesregierungen haben die **medizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz** in den zurückliegenden Jahrzehnten **nicht** mit der notwendigen Stringenz **an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst**. Trotz zahlreicher Warnungen nicht nur der CDU-Landtagsfraktion, sondern auch gegen den Expertenrat sind notwendige Maßnahmen unterblieben.

Das Land ist beispielsweise sehenden Auges in den **Ärztemangel** hineingelaufen. Er ist Realität, weil der Aufbau **ausreichender Studienkapazitäten** über Jahrzehnte versäumt wurde. Einer gewaltigen **Ruhestandswelle bei den Hausärzten**, steht nun z.B. ein gewaltiges **Nachfolgeproblem bei Hausarztpraxen** gegenüber.

Unsere **Krankenhäuser sind Jahrzehnten unterfinanziert**. Auch das jüngste Krankenhausinvestitionsprogramm ist mangelhaft und schreibt die Unterfinanzierung fest. Rheinland-Pfalz liegt bei der Investitionsförderung seit Jahren unter dem Bundesdurchschnitt und zählt zu den Bundesländern, die die **wenigsten Fördermittel für Krankenhausinvestitionen** bereitstellen. Ein **gewaltiger Investitionsstau** und **Klinikschließungen** zu Lasten der Patienten sind die Folge.

Fachkräftemangel in der Pharmazie

Eng verbunden mit Ärztemangel und Krankenhausunterfinanzierung ist der **Fachkräftemangel im Bereich der Pharmazie**. Er droht sich weiter zu verschärfen. Laut Landesapothekerkammer bedarf es zur Deckung des Bedarfs an approbierten Pharmazeutinnen und Pharmazeuten einer **Verdoppelung der Studienplätze**: Aktuell stehen am Institut für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften (IPBW) nur etwa 50 Plätze pro Semester zur Verfügung, erforderlich wären aber 95, beziehungsweise 190 pro Jahr.

Investitionsstau auch bei Pharmazeutischem Institut

Allerdings ist nicht nur die blanke Zahl der vorhandenen bzw. nötigen Studienplätze relevant, sondern auch die Bedingungen, unter denen die universitäre Ausbildung stattfindet. Am **Instituts für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften (IPBW) der Johannes Gutenberg-Universität** besteht ein **erheblicher Investitionsstau**. **Veraltete und zu kleine Labore** werden den Anforderungen an eine **moderne universitäre Lehre** nicht gerecht. Auch die **Sicherheit der Studenten- und**

der Mitarbeiterschaft ist nicht mehr gewährleistet, unter anderem bedingt durch die **Schadstoffbelastung der Gebäude**. Unter diesen Gegebenheiten ist der **Fortbestand des Instituts für Pharmazie auf Dauer gefährdet**. Damit auch die pharmazeutische Versorgung in Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz als „weltweit führender Biotechnologiestandort“?

Mit Blick auf die von der Landesregierung postulierte Absicht, Rheinland-Pfalz zum **„weltweit führenden Biotechnologiestandort“** ausbauen zu wollen, hinken **Anspruch und Wirklichkeit** bislang erkennbar hintereinander her. Ohne mehr Studienplätze zur Ausbildung der einschlägigen Fachkräfte können die **Bedarfe an Fachkräften in Forschung und Industrie und in der Versorgung der Apotheken vor Ort nicht gedeckt** werden.

Was wir wollen

Notwendig ist ein **zeitnahe, adäquater Neubau des Instituts für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften (IPBW)** an der Johannes Gutenberg-Universität. Dieses Bauvorhaben muss priorisiert werden.

Notwendig ist die **Verdoppelung der Studienkapazitäten** am Institut für Pharmazeutische und Biomedizinische Wissenschaften. Darauf muss der anstehende Neubau ausgerichtet werden

Neben dem Ausbau der Studienkapazitäten muss die **Einrichtung der dringend benötigten Professur für Klinische Pharmazie** berücksichtigt werden.

4. Sonstiges

Aktuelle Debatte

„Drohender Gasnotstand – ist Rheinland-Pfalz vorbereitet?“

Diese Aktuelle Debatte stellt in den Mittelpunkt, dass Gas durch den Überfall Putins auf die Ukraine zu einem knappen Gut geworden ist. Hier stellt sich die Frage, was dies für RLP bedeutet. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass es in unserem Land überdurchschnittlich gasintensive Großindustrie gibt. Aber auch Privathaushalte sind natürlich betroffen.

Uns interessiert, wie die Landesregierung mit dieser Situation umgeht, wie sie sich auf mögliche weitere Engpässe vorbereitet – gerade auch im Gespräch mit Berlin und Brüssel. Notwendig ist aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion mit Blick auf den tatsächlichen Bedarf eine Ist-Analyse.